

## Corona befördert ungleiche Verhältnisse

Die Pandemie macht die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht nur sichtbarer, sondern vertieft sie noch. Das müsste nicht so sein.

Eine Pandemie hat enorme Auswirkungen auf viele gesellschaftliche Bereiche. Wie sich deren Folgen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen auswirken, ist aber nicht naturgegeben. Sie hängt ganz wesentlich davon ab, wie die Ressourcen für den Umgang mit den Pandemiefolgen verteilt sind. Inzwischen liegen erste Studien vor, die belegen, dass die Covid-19-Pandemie in Deutschland die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft nicht nur sichtbarer gemacht hat, sondern bestimmte Bevölkerungsgruppen zusätzlich ins gesellschaftliche und soziale Abseits befördert.

Beengte Wohnverhältnisse, ein noch schlechterer Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsangeboten unter Pandemiebedingungen, eine starke Einschränkung sozialer Kontakte über das engste Familienumfeld hinaus: Armut und soziale Benachteiligung sind nicht erst seit Covid-19 schwerwiegende Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit, aber die Pandemie hat die Folgen zusätzlich verschärft. Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) unterstützt daher die Initiative „Soforthilfen jetzt!“ des Paritätischen Gesamtverbands, mit der eine schnelle und unbürokratische Kompensation der unmittelbaren finanziellen Folgen der Pandemie für Menschen in Armut gefordert wird.

Darüber hinaus müssen jedoch gerade auch die psychischen Folgen stärker als bisher in den Fokus genommen werden. Es besteht auf diesem Gebiet noch ein erheblicher Forschungsbedarf, um die Zusammenhänge herauszuarbeiten und Strategien zu entwerfen, wie pandemiebedingten negativen Auswirkungen auf die Psyche am besten begegnet werden kann. Dies gilt auch für die Entwicklung wirksamer Präventionskonzepte mit Blick auf kommende Pandemien.

Doch schon heute zeigt sich deutlich, wie massiv die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit vieler Menschen sind. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Gesundheitliche Folgen einer Coronaerkrankung können sich ebenso psychisch auswirken wie wirtschaftliche Existenzängste oder Kontaktbeschränkungen. Bereits vorhandene psychische Probleme wie Angst- und Panikstörungen, Depressionen oder durch Hygienevorschriften verstärkte Zwangsstörungen werden durch die Auswirkungen der Pandemie bei vielen Betroffenen zusätzlich befördert.

Als „vergessenen Aspekt von COVID-19“ bezeichnete die Direktorin der Weltgesundheitsorganisation WHO für psychische Gesundheit, Devora Kestel, die Psyche. Kinder und Jugendliche sind davon besonders betroffen. Fast jeder und jede dritte Heranwachsende leidet aktuellen Studien zufolge aufgrund der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. In diesen Altersgruppen wirkt sich der Wegfall von Kontaktmöglichkeiten zu Gleichaltrigen, Freund\*innen und Peergroups gravierend aus. Und auch bei ihnen spielt die soziale Situation eine entscheidende Rolle. Wenn relevante Infrastrukturen wie Kitas, Horte, Schulen oder Sport- und sonstige Freizeitorganisationen geschlossen sind, fällt damit für viele

nicht nur eine geregelte Mittagsverpflegung weg. Auch soziale Dienste als Anlaufstellen für Beratung und individuelle Unterstützung sind für Kinder und Jugendliche gerade aus sozial prekären Verhältnissen nicht mehr oder nur schwierig erreichbar. Fehlende technische Ausstattung sorgt zudem für schlechtere Teilhabemöglichkeiten an Online-Unterrichtsformaten und anderen Bildungsangeboten.

Die DGVT hält deshalb für alle Bevölkerungsgruppen, aber ganz besonders für finanziell schlecht gestellte sowie für Kinder und Jugendliche zusätzliche Hilfsangebote auf dem Gebiet der psychischen und psychosozialen Versorgung für dringend erforderlich. Entscheidend ist dabei, dass solche Angebote so ausgestaltet werden, dass sie niederschwellige Zugänge ermöglichen. Wie können z.B. der offene Ganztags und die Jugendfreizeithäuser so ausgestaltet werden, dass die Kinder und Jugendlichen dort erste Anlaufstrukturen haben, die sie bei Bedarf in die Hilfeangebote der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychotherapie begleiten? Wie können Vereine, Jugendgruppen u.ä. so gestärkt werden, dass sie ihre Arbeit wieder aufnehmen und auch benachteiligte Kinder einbeziehen? Die bestehenden Strukturen in der psychotherapeutischen Versorgung können den zusätzlichen Anforderungen, die aus der Pandemie resultieren, nicht gerecht werden. Trotz einer erheblichen Zunahme von Videosprechstunden seit Beginn der Pandemie sind die Wartezeiten für Psychotherapien weiter angestiegen.

„Coronapandemie: Psychotherapeuten verzweifelt gesucht“ titelte beispielsweise das „Ärzteblatt“ in diesem Zusammenhang.

Die Bundespsychotherapeutenkammer rechnet damit, dass „das ganze Ausmaß der psychischen Folgen erst nach einem Lockdown-Ende sichtbar wird“ und fordert, das Angebot an psychotherapeutischer Beratung und Behandlung kurzfristig deutlich auszuweiten. So sollten auch Privatpraxen zumindest befristet auch Menschen mit psychischen Beschwerden und Erkrankungen auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung versorgen können. Langfristig sei jedoch eine Reform der Bedarfsplanung notwendig, „damit Menschen, bei denen in einer psychotherapeutischen Sprechstunde eine psychische Erkrankung festgestellt wurde, auch innerhalb von vier Wochen eine Behandlung aufnehmen können.“

*Tübingen, im Mai 2021*